

LEITARTIKEL

Corona im Wahlkampf

Bund und Länder sollten sich hüten, mit der Virusbekämpfung auf Stimmenfang zu gehen

Die Corona-Krise stresst alle, langsam geht es an die Substanz, sagt CSU-Chef Markus Söder – und meint damit den Zustand in der Bevölkerung. Aber es trifft genauso auf die Politiker zu. Auch ihre Nerven liegen blank, sie sind nur gut trainiert darin, das wortreich zu verstecken.

Dafür, dass es die Bundeskanzlerin so eilig hatte, die Ministerpräsidentenkonferenz vorzuziehen, ist der neue 15-Punkte-Plan kein großer Wurf. Denn die Verlängerung der Lockdown-Frist bis zum 14. Februar droht wieder nur Stückwerk zu sein. Denn selbst wenn die Zahl der Neuinfektionen sinkt – zu frühe Lockerungen in einer Zeit, da sich das mutierte Virus auch in Deutschland ausbreitet, würden zu einem gefährlichen Jo-Jo-Effekt führen.

Es ist zwar unüberhörbar, welch große Sorge Merkel und die Länderregierungschefs vor

wissen, was auf sie noch zukommen kann. Alles andere erhöht nur den Frust.

Die Zahl der Neuinfektionen muss dauerhaft auf unter 50 pro 100.000 Einwohner in den vergangenen sieben Tagen sinken, um das Gesundheitssystem zu stabilisieren. Diese Grenze muss noch viel deutlicher als alles entscheidende Grundlage für eine schrittweise Rückkehr zur Normalität beschrieben werden. Da sind wir noch lange nicht.

Die Politiker stehen 2021 unter einem hohen Druck: Sie müssen die Pandemie in Wahlkampfzeiten in den Griff bekommen. Und das merkt man ihnen schon an. Corona eigne sich nicht für Wahlkampf, behaupten alle. Und können das dann doch oft nicht trennen. Vor sechs Landtagswahlen und der Bundestagswahl will keine Partei den Eindruck hinterlassen, sie sei nicht nah an den Menschen. Ärger von Schülern, Eltern und Lehrern über Schulschließungen und anstrengendes digitales Lernen von zuhause machen die Regierenden nervös.

So will das grün-schwarz regierte Baden-Württemberg laut Kultusministerin Susanne Eisenmann die Schulen im Februar schrittweise öffnen. Als erstes sollen die Grundschulen ab 1. Februar in den Präsenzünterricht einsteigen. Als gäbe es den MPK-Beschluss nicht. Denn Angela Merkel hatte sich durchgesetzt: Schulen sollen grundsätzlich geschlossen beziehungsweise die Präsenzpflcht ausgesetzt bleiben. In Kindertagesstätten wird analog verfahren. In Baden-Württemberg wird übrigens Mitte März gewählt.

Corona eignet sich nicht für den Wahlkampf. Davor müssen sich Bund und Länder wirklich hüten.

KRISTINA DUNZ
ksta-politik@
dumont.de

„Beschlüsse drohen wieder nur Stückwerk zu sein

der Mutation des Virus auch in Deutschland haben. Aber ihre Maßnahmen sprechen keinen Klartext. So wird unter Punkt 9 wortreich und verschwurbelt über „umfangreiche lokale und regionale Maßnahmen“ bei hohen Inzidenzen gesprochen – und genau der Begriff weggelassen, der die Konsequenz daraus beschreibt: Ausgangsbeschränkungen. Anordnungen dazu sind nämlich mit diesem Passus möglich. Nur sagen möchte man es den Menschen nicht so hart. Das ist ein Fehler. Denn sie müssen

KOMMENTAR

Vertrauen erschüttert

Große Probleme durch Impfstoffmangel

Der verhängte Impfstopp ist der Super-GAU für die Impfstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen – auch wenn das Gesundheitsministerium für die Lieferengpässe bei Biontech/Pfizer letztlich nicht verantwortlich ist. Noch am Montag steht Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) im Universitätsklinikum Essen und verkündet bei einem PR-Termin den Impffahrplan für die kommenden Wochen. Der ist nun schon zwei Tage später Makulatur. Biontech/Pfizer kann nicht liefern.

Gewarnt hatte das Unternehmen schon vor mehr als einer Woche, dass es wegen der Umstellung der Produktion in Belgien vorübergehend zu Engpässen kommen könnte. Hat das Gesundheitsministerium die Warnung nicht ernst genommen?

Das Vertrauen in einen reibungslosen Ablauf der so dringend notwendigen Corona-Impfungen ist zumindest erschüttert. Die Kritik, NRW sei im Vergleich mit anderen Bundesländern eh nur mäßig erfolgreich unterwegs und liege mit einer Impfquote von zuletzt 1,2 auf 100 Einwohner deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, dürfte dadurch neue Nahrung erhalten.

Die Landesregierung in Düsseldorf hat noch am Montag so getan, als gäbe es kein Problem. Einen Tag später muss sie eingestehen, dass alle 53 Impfzentren im Land eine Woche später an den Start gehen werden. Und das ausgerechnet kurz nach der Nachricht, dass der Lockdown bis Mitte Februar verlängert wird. Das ist keine gute Perspektive.

PETER BERGER
peter.berger@
dumont.de

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

„Bei »Zero Covid« wird mir mulmig“

Durchhalteparolen der Politik in der Pandemiebekämpfung haben ermüdende Wirkung – Totale Härte würde Schäden noch vergrößern

Herr Grünewald, Sie gehören dem Corona-Expertenrat der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen an. In seiner jüngsten Stellungnahme schlägt das Gremium Alarm. Die Politik laufe Gefahr, die Bevölkerung nicht mehr zu erreichen und zu überzeugen. Worauf stützen Sie diese Warnung?

Wir haben es in der Pandemiebekämpfung mit drei bestimmenden Faktoren zu tun. Da ist zum einen das Virus selbst, das gerade clever genug ist zu mutieren. Dann gibt es zum zweiten den Lauf der Jahreszeiten mit dem Winter, der dem Virus in die Hände spielt. Und es gibt drittens den Faktor Mensch. Den haben wir in einer Studie näher beleuchtet und festgestellt: Die Leute sind ganz anders drauf als im ersten Lockdown.

Was hat sich verändert?

Im Frühjahr 2020 war die Stimmung beherrscht von Angst und einem diffusen Grauen, weshalb sich die meisten sehr vorsichtig, mitunter fast panisch verhalten haben. Mittlerweile hat sich eine Art Corona-Routine eingestellt. Man glaubt, Erfahrungen mit dem Virus zu haben. Medikamente und Impfstoffe wirken angstbeschwichtigend. Und die Statistiken weisen besonders die Senioren als gefährdet aus, was alle anderen vordergründig in Sicherheit wiegt.

Aber mehr als 30 000 Neuinfektionen oder 1000 Tote täglich haben wir erst seit Dezember zu verzeichnen.

Anfangs haben die Menschen alle verfügbaren Neuigkeiten über die Entwicklung der Pandemie regelrecht aufgesogen. Es gab die schrecklichen Bilder aus Bergamo mit den gestapelten Särgen. Jetzt laufen die Corona-Nachrichten eher nebenher. Und nackte Zahlen haben leider

„»Zero Covid« ist auf den ersten Blick eine faszinierende Erlösungsidee, die zum Dauerluptraum werden könnte

den Nachteil, dass man sich schnell an sie gewöhnt. Im persönlichen Leben haben die meisten unterdessen ihre Corona-Schlupflöcher gefunden und Grauzonen eingerichtet. Wie in der Schattenwirtschaft der früheren DDR ist in der Pandemie ein Schatten-Alltag entstanden, in dem man sich Auszeiten von den Corona-Regeln gönnt.

Das heißt, noch strengere Auflagen sind eher wirkungslos?

Hier sehe ich tatsächlich ein großes Dilemma. Auf der einen Seite vermissen die Bürger bei aller Regeltreue die Erfolgserlebnisse. Anders als im Frühjahr sind die Infektionszahlen im zweiten Lockdown kaum gesunken. Das schürt zu-

STEPHAN GRÜNEWALD

ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts. Er spricht aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

nehmend eine resignative Stimmung, in der das politische Narrativ, „jetzt noch zwei Wochen aushalten, und dann sind wir durch“, umso vergeblicher und ermüdender wirkt. Auf der anderen Seite stellen die Leute fest: Nicht einmal die bestehenden Regeln werden kontrolliert und sanktioniert. Die Regel-Verweigerung der anderen untergräbt die eigene Disziplin und führt zu einer fortschreitenden Corona-Korrosion.

Was folgern Sie daraus?

Die Vorgaben müssen klar verständlich und nachvollziehbar sein. Bei der Kontaktregel mit nur einer Person zum Beispiel steigen viele aus. Ein älteres Ehepaar darf die alleinstehende Nachbarin bei sich zuhause empfangen. Die Gegeneinladung ist untersagt, weil der Besuch zu zweit kommt. Das versteht doch keiner. Vor allem aber plädiere ich dafür, nicht ständig schärfere Maßnahmen zu ergreifen, sondern lieber die bestehenden durchzusetzen. Im Markus-Söder-Land, dem angeblich so hart geführten Freistaat Bayern, haben die Behörden es ein Vierteljahr lang nicht geschafft, auch nur einen einzigen Bußgeldbescheid wegen Verstößen gegen Corona-Auflagen zuzustellen.

Härte zahlt sich also nur aus, wenn sie nicht bloß Rhetorik oder Symbolik ist.

Ein bestimmter Ruf nach Härte macht mir im Moment die meisten Sorgen, nämlich die „Zero Covid“-Kampagne ...

... die mit einem Komplett-Shutdown die Infektionszahl auf Null drücken will, um das gesellschaftliche Leben danach wieder hochfahren zu können.

Auf den ersten Blick eine faszinierenden Erlösungsidee, ein absoluter Wunschtraum, der jedoch zum Dauerluptraum werden könnte. Die Idee beruht auf drei Annahmen: dem völligen Herunterfahren des Soziallebens und der Wirtschaft, der kompletten Abschottung der Länder und Regionen und einer gnadenlosen Konkurrenz zwischen ihnen mit der Aussicht, dass diejenigen wieder lockern dürfen, die die Null-Grenze erreicht haben. Wenn ich das zu Ende denke, wird mir mulmig.

Warum?

Eine totale Abschottung ist für ein Land im Herzen Europas dauerhaft unmöglich. Und die Konkurrenz der Regionen könnte zu einer Hexenjagd auf alle führen, die das Virus reimportieren könnten. Als Psychologe hege ich eine grundsätzliche Skepsis gegen das Narrativ eines Endsiegs über das Virus. Das Virus wird sich nicht „auf Null bringen“ lassen. Deshalb brauchen wir eine differenzierte Langfrist-Strategie. Sie muss auf viel genaueren Erkenntnisse darüber basieren, wo man sich ansteckt, und dann auch konsequent umgesetzt werden.

Das Gespräch führte Joachim Frank

KOMMENTAR

Peinliches Zeitspiel

Ende des Kükentötens ist kein Verdienst der Agrarministerin

VON STEVEN GEYER

Um es klar zu sagen: Dass die Bundesregierung endlich einen Ausstiegsplan aus dem jahrzehntelangen Kükentöten verabredet hat, ist lobenswert. Dass Jahr für Jahr millionenfach männliche Legehuhnküken vernichtet werden, weil sie weder zum Eierlegen noch zum Mästen taugen, ist ein Umgang mit Lebewesen, der moderner Gesellschaften unwürdig ist.

Als ethisches Problem ist das längst erkannt. Auch juristisch war die Praxis nicht mehr haltbar, weil Tierschutz seit 2002 im Grundgesetz steht. Das musste jedoch erst das Bundesverwaltungsgericht durchsetzen, das die Tötungen 2019 nur befristet erlaubte: Sobald das Aussortieren schon im Ei möglich sei, müsse das Töten enden. So ein Verfahren steht nun bereit – und wird vereinzelt sogar schon eingesetzt.

Deshalb muss man auch klar sagen: Wenn Agrarministerin Klöckner sich nun rühmt, mit ihrer Finanzhilfe für die Entwicklung dieser Methode oder gar mit ihrem Schredder-Verbot ab 2022 habe sie einen „Fortschritt für den Tierschutz“ herbeigeführt, ist das schlicht peinlich.

Tatsächlich hat sie so lange Zeitspiel zugunsten der Geflügelbranche betrieben, dass ein höchsttrichterliches Ultimatum und die Fertigstellung der Alternativmethode nötig waren, ehe sie der Industrie Vorgaben machte.

Ohne Hilfe gehen dafür nun die Betriebe aus, die bereits wahre Gegenentwürfe praktizieren: indem sie Hühnerrassen für Fleisch UND Eier halten oder die Aufzuchtskosten für „Bruderküken“ auf die Eierpreise aufschlagen.

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont I, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.

Chefredakteur: Carsten Fiedler.

Stellvertreter: Lutz Feierabend.

Dr. Sarah Brasack, Rudolf Kreitz (Bezirke).

Head of Digital: Martin Dowideit.

Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).

Chefkorrespondent: Joachim Frank.

Köln: Christian Hümmler (Leitender Redakteur); Landeskorespondenten:

Gerhard Voigt (Leitender Redakteur),

Frank Olbert (Bildung); Newsteam: Benjamin Quiring;

NRW-Story: Detlef Schmalenberg; Wirtschaft:

Thorsten Breitkopf; Sport: Christian Lör; Kultur: Anne

Burgmer; Magazin: Eva Fiedler, Jenny Meysner; Re-

portage/Wochenende: Claudia Lehnen; Chefrep-

orter: Peter Berger, Karlheinz Wagner;

Art Director: Nikolas Janitzki; Produktion: Klaus

Schröder; Regiodesk: Michael Greuel, Christine Badke.

Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.

Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.)

RND Berlin GmbH; GF: Marco Fenske.

Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London:

Katrin Pribyl; Washington: Karl Doemens; Brüssel:

Damir Fris; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhrer;

Istanbul/Nikosia: Frank Nordhausen; Johannesburg:

Johannes Dieterich.

Nachrichtenagenturen: dpa, apf, sid, kna

E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@dumont.de;

Fax Redaktion: 0221/224 2524.

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Köln-

ischen Zeitung GmbH & CoKG, 50590 Köln, Neven Du-

Mont-Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln.

Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.

Verlagsgeschäftsführer: Carsten Groß,

Karsten Hundhausen (Mediavertreter).

Leiter Mediaverkauf und Marketing: MVR Media Ver-

marktung Rheinland GmbH; Matthias Litzenburger.

Leiterin Vertrieb: Birgit Rollesbroich.

Ein Unternehmen des Medienhauses DuMont

Rheinland.

Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags

mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 23 vom 1. Januar 2021

und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäfts-

bedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit

gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangteingesandte

Manuskripte keine Gewähr.

Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG.

Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird

Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service

Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32

E-Mail: abo-kundenservice.koeln@dumont.de

Anzeigen-Service

Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-24 91

E-Mail: anzeigen.koeln@dumont.de

Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-

Fonts hergestellt.

Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de